

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur Vereinbarten Debatte zur Asylpolitik und Ausländersituation

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag spricht sich eindringlich gegen eine weitere Verschärfung des Asylverfahrens aus. Insbesondere wendet er sich gegen

- die Einrichtung von Sammellagern, weil die Konzentrierung von Flüchtlingen in diesen Lagern inhuman und dazu geeignet ist, Flüchtlinge den Angriffen von Rassisten und Neofaschisten auszuliefern. Der Deutsche Bundestag sieht in der Einpferchung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen in Sammelunterkünften eine „Quälerei“, wie dies einst von der SPD richtig bezeichnet worden ist. Statt dessen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, Initiativen zu starten, die bereits vorgenommene Kasernierung von Flüchtlingen zu unterbinden und endlich die materiellen Voraussetzungen für den Artikel 16 GG zu schaffen sowie für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen;
- die verfassungswidrige Beschneidung des Rechtsweges für Asylbewerber und Asylbewerberinnen. Der Deutsche Bundestag sieht hierin besonders schlimme Sonderregelungen gegen Flüchtlinge, die mit Demokratie nichts zu tun haben. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf, Sorge zu tragen, daß Flüchtlingen weiterhin die volle Ausschöpfung des Rechtsweges möglich ist. Angesichts der besonderen Konstruktion der deutschen Staatsbürgerschaft (Abstammungsprinzip) liegt in dieser Beschneidung des Rechtsweges dazu noch eine besonders perfide Form des institutionalisierten Rassismus vor. Verletzt wird das Grundrecht und Rechtsstaatsprinzip, wonach alle Menschen gleich sind und gleich behandelt werden müssen, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiösen oder politischen Anschauungen;
- die Ersetzung von Bargeldzahlungen durch Sachleistungen. Der Deutsche Bundestag sieht hierin eine „inhumane Abfütterung“ beziehungsweise „Zwangsernährung“, wie dies mit

Recht die bayerische SPD vor wenigen Jahren der CSU-Landesregierung von Bayern vorgehalten hat;

- die Erfassung und Registrierung von Flüchtlingen durch erkennungsdienstliche Maßnahmen. Der Deutsche Bundestag verurteilt derlei Vorhaben auf das entschiedenste, weil dadurch die Menschenwürde und das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Flüchtlinge auf brutale Weise verletzt wird. Durch diese Maßnahme werden die Asylbewerber und Asylbewerberinnen in den Geruch potentieller Straftäter und Straftäterinnen gebracht. Gerade in dieser Maßnahme sieht der Deutsche Bundestag eine der hinterhältigsten Methoden der Produzierung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung bei dieser Gelegenheit auf, die ohnehin schon betriebene datenmäßige Erfassung von Flüchtlingen einzustellen und die gesammelten Daten sofort zu vernichten;
- die Verstärkung der Grenzkontrollen zu den Nicht-EG-Staaten. Der Deutsche Bundestag stellt hingegen fest, daß die neugewonnenen Reisefreiheiten in Europa energisch zu begrüßen sind. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alle Maßnahmen zur Abschottung der Bundesrepublik Deutschland sofort zu stoppen;
- das weitere Bemühen um eine „Harmonisierung des Asylrechts“ in Europa. Der Deutsche Bundestag verurteilt auf das entschiedenste, daß sich die reichen westeuropäischen Staaten gegen Flüchtlinge mit einer „Festung Europa“ absichern. Die Maßnahmen, die bereits im Rahmen des „Schengener Abkommens“ und durch die TREVI-Minister ergriffen worden sind, müssen unverzüglich aufgehoben werden. Die Bundesregierung soll sich europaweit für Möglichkeiten der freien Einreise und Niederlassung einsetzen.

Der Deutsche Bundestag stellt ausdrücklich fest, daß es kein Ausländer- und Ausländerinnenproblem in diesem Land gibt. Wohl aber gibt es die Probleme Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß mit der Asyldebatte Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschürt wurde und wird, was seinen unmittelbaren Niederschlag im Wiedererstarken des Neofaschismus findet.

Ernstgemeinte Äußerungen und Resolutionen gegen Ausländerfeindlichkeit müssen beinhalten, daß die Kampagne gegen das Grundrecht auf Asyl und gegen das Asylverfahren sofort eingestellt wird.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe